

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreise mit bez. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst
für die Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Ortserlösn monatlich 80 Pf.
für die Post bezogen vierteljährlich M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und
Café- und Postbezogen M. 3.—, Erscheinungstage mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Bräunerstraße 14, II. Tel. 8488.
Sprechstunde: von Montag bis Freitag von 12 bis 1 Uhr.
Correspondenz: Gr. Bräunerstraße 14, Tel. 1769.
Verlagspreis: 5 Pf. pro Stück, 10 Pf. pro Quartal, 30 Pf. pro Semester, 60 Pf. pro Jahr.

Inserate werden die Gabelstern-Preise mit 25 Pf. berechnet, bei dreimonatiger
Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 50 Pf. Insetate müssen
bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im
voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresden Volkszeitung.

Nr. 175.

Dresden, Montag den 1. August 1910.

21. Jahrg.

4247 Stimmen Mehrheit.

Stuttgart, 30. Juli. (B. L. Z.) Bei der heutigen Ver-
sammlung im 2. württembergischen Reichstagswahlkreis Ludwigsburg-
Cannstatt-Warbach und Waiblingen erhielten Kandidat Dietinger
(natl.) 4247, Kandidat Dr. Wolff (Wannenburg)
4900 und Kandidat Dr. Gieber (Soz.) 18 706 Stimmen.
Rei ist somit gewählt. Der Wahlkreis war bisher durch den
Nationalliberalen Dr. Gieber vertreten.

Die Reichstagswahlwahl in Cannstatt-Ludwigsburg
brachte am Sonnabend der Sozialdemokratie einen neuen wunder-
vollen Sieg: mit unsern Genossen Keil wird das halbe Hundert
sozialdemokratischer Vertreter im Reichstage voll.

Der Sieg unserer württembergischen Genossen ist umso
bedeutungsvoller, als der 2. württembergische Reichstagswahl-
kreis damit zum erstenmal von der Sozialdemokratie erobert
worden ist. Seit 1898 war er ununterbrochen „im Besitz“ des
Nationalliberalen Dr. Gieber, nach dessen Besetzung zum
Regierungsdirektor für das württembergische Volksschulwesen
die Erziehungswahl notwendig wurde.

In dem neugewonnenen Wahlkreis überwiegt die städtische
Bevölkerung mit starkem industriellen Einschlag. 1907 wurden
121 186 städtische und 63 492 ländliche Einwohner gezählt.

Die Sozialdemokratie verdankt ihren Sieg einer uner-
müdlichen und darum auch erfolgreichen Werbe- und Auf-
klärungsarbeit. 1881 wurden in Cannstatt-Ludwigsburg nur
100, 1884 600 sozialdemokratische Stimmen abgegeben. 1887
brachte bereits eine Zunahme von 1000, 1890 eine solche von
1600 Stimmen. Und dann erfolgt der Stimmenzuwachs immer
lebenshafter: 1893 3000, 1898 3400, 1903 3400 Stimmen mehr
als bei der nächst vorhergehenden Wahl. Auch die Wählerzahlen
von 1907 konnten dieser schönen Entwicklung, die durch den
Sieg von Sonnabend ihre Krönung erhält, nicht hemmen:
das Stimmenergebnis betrug immer noch 3000!

1908 erhielt die Sozialdemokratie 11 638 Stimmen gegen
18 001 nationalliberale und 3789 demokratische; in der Stich-
wahl unterlag sie mit 13 491 Stimmen gegen 16 887, die
für Dr. Gieber abgegeben wurden. 1907 entfielen auf Gieber
als bisheriger Reichstagsabgeordneter 18 787 Stimmen, während
die Sozialdemokratie 15 488 Stimmen erhielt.

Bei der Wahl am Sonnabend, an der sich mehr als 70 Proz.
der Wahlberechtigten beteiligten, gewann die Sozialdemokratie
gegen 1907 3217 Stimmen, während die Nationalliberalen
gegen 1907, wo sie allerdings Wahlhilfe vom gesamten Bürger-
tum erhielten — abgesehen von 88 Zentrumstimmen — fast um
die Hälfte ihrer Stimmen zurückgegangen sind.

Der Sieg am Sonnabend ist ein neues Glied in der
Reihe sozialdemokratischer Erfolge seit 1907. Damals gelang
es unter dem Einflusse des verrückten Wokstums, die Zahl
der sozialdemokratischen Mandate erheblich zu vermindern.
Das alte Gesetz, nun sei die Sozialdemokratie „nieder-
gerichtet“, erhielt allerdings einen starken Dämpfer durch die
Lage, daß die Sozialdemokratie mit 3 1/2 Millionen Stimmen
als der stärkste Wahlblock hervorging. Und auch die Siegesfreude
der Reichstagsabgeordneten veränderte sich immer mehr in gar betrüb-
liche Regenstimmung, die ihren höchsten Gipfelpunkt
am letzten Ende des Monats, mit dem Sturze des „Reichs-
marschalls“ in der Kampagne des Niederreitens und der Auf-
richtung des Bruderbundes der Schnapsbändler fand.

In den Reichstagswahlen zum Reichstage auf Sieg
der Sozialdemokratie! Den Nationalliberalen wurden die
Reihe Reichstagsabgeordneter, Koburg, Friedberg-Wüdingen und nun
auch Cannstatt-Ludwigsburg abgenommen. Die Fortschrittler
verloren Galle und Wiedom-Wöllin, die Wirtschaftliche Ver-
einigung löste Eisenach-Dornbach ein; Hohenpau-Marienberg
wird ja binnen kurzem die Entscheidung bringen, die die
Sozialdemokratie mit guter Hoffnung erwarten darf. Von
den sieben Wahlkreisen war nur Halle (1890-93 und 1896-
1907) bereits schon sozialdemokratisch vertreten gewesen; die
anderen 6 Mandate sind neuer Gewinn. Wo in Reichstags-
wahlen sozialdemokratische Mandate zu verteidigen waren, ergab sich
neuer Stimmenzuwachs für uns: Glauchau-Reerane 500,
Seydau-Ludwigsdorf 800, Stollberg-Schneeberg 2000
Stimmen mehr!

Es ist eine Lust zu leben!

Im bürgerlichen Lager fängt man bereits an, ob des
neuen sozialdemokratischen Sieges blutige Tränen zu vergießen.
Der wackere Dresdner Anzeiger bezeichnet unsern Wahlsieg
als „höchst bedauerlich“ und findet es „getadeu erbitternd“,
daß „nicht nur freisinnig-demokratische Wähler, sondern auch
Nationalliberale in Cannstatt-Ludwigsburg sozialdemokratische
Stimmzettel abgegeben haben“. Woher dem Deutlichkeits-
erklärende Kunde kam, verrät es nicht. Dagegen meint es
genau richtig: „Es ist die höchste Zeit, die Reihen im bürgerlichen
Lager fest zu schließen, den Aufgaben der Gegenwart gerecht
zu werden und sich für schwerere Kämpfe der Zukunft zu rüsten.“
Gemeinlich heißt es der offenen Revolution predigenden Sozial-
demokratie zugunsten: „Bis hierher und nicht weiter!“

Wo eine neue Variante der Bethmann-Weisheit vom
Einnahm aller positiv schaffenden Kräfte. Eine neue Nach-
weise im Niederreiten. Damit erschreckt man die Sozial-
demokratische Lösung hingibt, in der kommenden Reichstags-
wahlen nicht das gesamte Heer der Ordnungstüchtigen als
Feind vor sich zu sehen. Man wird dort unter Anspannung
aller Kräfte den Versuch machen, den Siegeszug der Sozial-

demokratie zu hemmen, so daß der kommende Wahlkampf zu
den bewegtesten und erbittertesten gehören wird, die Deutsch-
land sah. Wir wissen aber auch, daß die Werbekraft der
sozialdemokratischen Gedanken unüberwindlich ist, wir wissen,
daß die Gegner das Maß ihrer Frevel am Volke bis zum
Ueberlaufen gefüllt haben, wir wissen, daß die Volksmassen
mit Horn und Erbitterung auf den Tag der Generalabrechnung
warten und sich weder durch philosophische Sammelrufe noch durch
infame Methoden zur Bekämpfung des „Umsturzes“ bewegen
lassen werden, das Strafgericht von den Geängstigten abzu-
wenden.

Um so komischer ist es, wenn sich selbst die „demo-
kratische“ Frankfurter Zeitung gebärdet, als sei der sozial-
demokratische Sieg in Cannstatt-Ludwigsburg eine Sache,
über die keine sonderliche Erregung nötig sei. Die „Um-
kehr der Wahl“ seien für die Sozialdemokratie außerordentlich
günstig gewesen: „einerseits der Wahltermin in der Zeit der
Ernte und der Ferien, andererseits, wie bei fast allen voraus-
gegangenen Erziehungswahlen die allgemeine politische Lage“. Wo
erst in zweiter Linie das Moment, das am Sonnabend den
Ausschlag gab. Was sie an erster Stelle als „außerordentlich
günstig“ anführt, wird am besten durch die lebhaften Wahl-
beteiligung von mehr als 70 Proz. widerlegt.

Es hilft kein Drehn und Deuteln: Cannstatt-Ludwigs-
burg wurde unser, weil die Massen der Wähler anfangen, das
fremde Spiel zu durchschauen, das mit ihnen getrieben wurde;
weil sie anfangen zu verstehen, daß sie zur Sozialdemokratie
kommen müssen, wenn es anders werden soll.

Die empfindlichste Lehre erhalten die Nationalliberalen,
die augenblicklich immer noch mürrisch am Werke sind, sich zu
entscheiden, ob sie sich nach rechts oder links neigen sollen. In
der Besorgnis um sein Mandat war Dr. Gieber geschäftig am
Werke, sich die Freundschaft des Bundes der Landwirte zu
erhalten. In der Wahl am Sonnabend stand allerdings dem
Nationalliberalen ein Wähler entgegen; aber die Wähler
sind des nationalliberalen Trugs, der nationalliberalen Dreh-
schelbenpolitik überdrüssig; sie fühlen, daß sie verraten und
verkauft sind, wenn sie die Vertretung ihrer Interessen einem
Nationalliberalen in die Hand geben. Wenn sie ehrliche
Politik wollen, eine Politik, die unerbittlich und entschlossen
die Volksinteressen vertritt, bleibt ihnen nur der Weg zur
Sozialdemokratie. Wie Exempel haben hinreichend dafür ge-
sorgt, daß sich solche Erkenntnisse hier und hier den Massen
der Wähler einprägen.

Cannstatt-Ludwigsburg wird den Köstlichkeiten der bürger-
lichen Parteien an Bethmann, den philosophischen Schweiger,
Stärker und dringlicher werden lassen: ein Königreich für eine
gute Wahlparole. In der Post, dem Organ schamloster
Scharfmacherei, empfindet sogar „ein rechtsstehender Politiker“
die Abwendung des zu erwartenden Strafgerichts durch das
verbrecherische Mittel auswärtiger Konflikte. Es heißt dort:

„Auerst eine männliche, selbst- und zweckbewußte auswärtige
Politik, die dem unsern überaus ausbreitenden Volke immer-
währenden Nachgefühl Ausdruck verleiht. Der Tod König
Edwards hat die Bahn freigemacht, der Personenwechsel im Aus-
wärtigen Amt läßt hoffen, daß das Hässliche Bismarck-Schoenke
Schaufelstück Frankreich gegenüber ein Ende hat und daß der
deutsche Reichstag der ewigen Friedensfahnderei auch einmal
die starke Faust zeigt. Im Laufe eines Jahres vermag der neue
Staatssekretär zu beweisen, ob er die Situation beherrscht und ob
er dem Deutschen Reich innerhalb der Diplomatie die ihm ge-
hörige Stellung wieder erringen wird. Er könnte dem Reichs-
tagler keinen besseren Dienst leisten und hätte damit
die Wahlkampagne glänzend vorbereitet.“

Es sei nur an die liberale Frage und an die schwebenden
Handelvertragsverhandlungen mit Amerika und Japan erinnert.
Welch ergiebige Feld der Tätigkeit.“

Aus solchen Plänen und Plänkeln spricht das alte
Gewissen. Man scheut sich nicht, das Blutgepöhl eines
mörderischen auswärtigen Krieges heraufzubeschwören, um die
„Gefahr“ im Innern abzuwenden.

Auch ohne daß solche verbrecherischen Scharfmacherepläne
in der Öffentlichkeit ausposaunt werden, wird der Sieg von
Cannstatt-Ludwigsburg die Sozialdemokratie nicht zu der
Erwartung verleiten, bei den kommenden Wahlen werde ihr
der Sieg wie eine reife Frucht in den Schoß fallen.

Die glänzendsten Siege können nur Ansporn sein, un-
ermüdlicher und freudiger noch zu arbeiten, um die uns
noch Fernstehenden zu gewinnen, um das Heer des Klassen-
bewußten Proletariats innerlich zu festigen und zu stärken!

Dem Vorwärts entnehmen wir folgende Sätze seiner Betracht-
ungen über die Wahl am Sonnabend:

„Für die bürgerlichen Parteien enthält unser Sieg eine ernste
Mahnung. Eine starke demokratische Stimmung geht durch
das deutsche Volk. Wollen die Liberalen nicht zerfallen werden
zwischen der Sozialdemokratie und der Reaktion, so müssen sie sich
in den Dienst des demokratischen Willens stellen.
Ihre halbtoten Schwänke, ob sie sich nicht doch auf die Seite der Re-
aktion werfen sollen, bringt sie immer schneller um jedes Ansehen bei
ihren eigenen Anhängern. Ob die Liberalen einsehen, daß es für sie
höchste Zeit ist, wirklich liberal zu werden, ob sie aufhören, der Sieg-
reich dankschreitenden Sozialdemokratie in komischer Ueberhebung
Vorwürfen über ihre Latenz machen zu wollen, steht dahin und ist
nicht unsere Sache. Wir gehen vorwärts den Weg, der zur Höhe führt,
so oder so. Wir sammeln immer mehr Macht, indem wir immer mehr
die arbeitende Klasse, auf der die Gesellschaft ruht, unter die rote

Hande einziehen. Wir sammeln die Macht für die Befreiung dieser
arbeitenden Massen von dem Brute der Klassenherrschaft, für die Er-
lösung der wahren und vollen Demokratie, die zur politischen Gleich-
heit auch die ökonomische Gleichheit und Selbstbestimmung des Volkes
fordert. Auf dem Wege zur Freiheit mögen ehrliche Demokraten ein
Stück gemeinsam mit uns marschieren können. Wir aber brauchen
nicht zu verhehlen, daß unser Weg weiter geht, hinaus über das
formale Recht der politischen Gleichheit zu dem ökonomischen Inhalt
der neuen Gesellschaft.“

Das Seebeuterecht.

In kritischen Zeiten pflegt die Rede des
Secretes durch Seemacht ausgefüllt zu werden.
Graf Bülows im Reichstage am 19. Jan. 1900.

Truph bleibt und mit ihm der Flottenkurs, der mit dem
Regierungsantritt Wilhelms II. seinen glücklichen Anfang
nahm. Inzwischen ist die Flottenlast pro Kopf der Bevölke-
rung von 1 M. auf 7 M. gestiegen, die Marineausgaben stiegen
von rund 80 Millionen auf rund ein Drittel einer Milliarde
pro Jahr. Wenn nicht alle Zeichen trügen, bereitet Herr
v. Bethmann-Hollweg weitere Flottenrüstungspläne als wirk-
same Einigungsparole zu den nächsten Reichstagswahlen vor.
Begründet wurde bisher jeder Flottenentwurf mit der drohen-
den Gefahr des sogenannten Seebeuterechts, nach dem
die kriegsführende Macht befugt ist, neutrale Schiffe mit Konten-
tandelaubung oder feindliche Schiffe zu beschlagnahmen. Da
dem kriegsführenden Staat das Anhalten- und Untersuchungs-
recht zusteht, mußte der Handel überhaupt, also auch der an
dem Kriege nichtbeteiligte, auf Hemmungen vorbereitet sein.
Man denke an die Beschlagnahme des deutschen Dampfers
Bundesrat, der im Kapkrieg von den Engländern durch
21 Tage „untersucht“ wurde. Die Regierungen der englischen
Bourgeoisie Abien dieses Recht oft genug zur Ausschaltung
schwieriger Handelskonkurrenzen, sie bestanden auf diesem Recht,
als der junge Handel Europas unter der „bewaffneten Neu-
tralität“ der Kontinentalmächte, später unter Napoleon I. die
Einschränkung des Seebeuterechts forderte, und sie beteiligten
sich an den internationalen Konferenzen des letzten Jahrhun-
derts meistens nur unter der Vorbedingung, daß an dem Wesen
des Seebeuterechts nichts geändert werde. Angesichts dieser
Lage konnte die deutsche Regierung auf die Beschlüsse des
Norddeutschen Bundes verweisen, der die Beseitigung des
Seebeuterechts forderte, sie konnte später so lange mit einem
Schein der Rechtfertigung vor den Augenparatisten die
Flottenrüstungen betreiben, solange sie eben der Widerstand
Englands jeder praktischen Tätigkeit zur Beseitigung
des ewig drohenden Seebeuterechts entbot. Wohl hatte ein
englischer Admiral festgestellt, daß selbst die englische Streit-
macht unzulänglich wäre, auch nur den Mittelmeerhandel zu
beden, aber man dachte durch die Schlachtschiffe zu ersetzen,
was an Kreuzern fehlte. Jedenfalls hatten die Flottentreiber
einen Mantel der Unschuld und einen Vorwand.

Auf der Haager internationalen Konferenz ist dieser Vor-
wand aufgefunden geworden. Der englische Handel hat auf-
gehört allein zu herrschen, und mit der Entwicklung seiner
großen Seefrachten wuchs auch die Konkurrenz und deren
Seerüstung. Es ist deshalb ein enormes Interesse des
englischen Handels, der englischen Industrie, daß der immer-
hin imposante Absatzmarkt des englischen Kapitals nicht durch
das Seebeuterecht von der Konkurrenz gefährdet werde.
Hierzu tritt, daß die schwächeren Mitglieder der Tripelallianz,
daß neben Rußland und Frankreich auch das Einfluß abende
Italien ein Interesse an der Beseitigung des Seebeuterechts
hat. Es ist deshalb begreiflich, daß England unter dem un-
erträglichen Druck der Flottenlast im Haag einen Flotten-
abrüstungsantrag und einen Antrag zur Regelung des See-
beuterechts stellte. Es war also die Möglichkeit ge-
geben, eine treibende Kraft und die furcht-
baren Wirkungen des Flottenwahnens einzu-
schränken. Die Einschränkung des Seebeuterechts sollte
erfolgen durch die Fixierung des Begriffes der „Kriegskonter-
bande“, das heißt durch eine internationale Feststellung der
Gegensätze, deren Zufuhr im Kriege verboten ist und die Be-
schlagnahme nach sich zieht. Die deutsche sozialdemokratische
Reichstagsfraktion hat im Jahre 1909 „zur gegenseitigen
Begrenzung der Rüstungen zur See und zum Verzicht
auf das Seebeuterecht“ geraten. Doch ihre Anträge
wurden von sämtlichen bürgerlichen Parteien abgelehnt,
die Regierung aber ging hin und lehnte den englischen Ab-
rüstungsantrag ab. Die Hoffnung, die Handelskonkurrenz mit
dem Beuterecht aus dem Felde zu schlagen, hat nunmehr auch
die deutsche Bourgeoisie verläßt, denn mit der Ablehnung der
Abrüstung fiel naturgemäß auch der Antrag auf Beseitigung
des Seebeuterechts.

Das trat in den Ergebnissen der Londoner Seerichts-
rechtskonferenz zutage, die in der Form eines Weißbuchs am
30. November des Jahres 1909 vor den Reichstag gelangte.
Auf dieser Konferenz versuchte man englischerseits einen so
weit gehenden Begriff der Kriegskonterbande zu prägen, der
überhaupt jede Ware zur Kriegskonterbande stempelt und
so jedes Schiff der Beschlagnahmungsgefahr unterwirft.
Wollten die deutschen Vertreter den Flottenwahn nicht ins
Grenzenlose steigern, sie hätten diese Anträge glatt zurückweisen
und auf Grund von Abrüstungsvorschlägen neue Verhand-